3. Jahrgang / Nr. 164

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 4,80 Mk. für die Woche, 19,20 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,40 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 22 335 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 6127.

Donnerstag, den 28. Juli 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., garantiert 1,00 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum 1,— Mk.

Der Konflikt um Oberschlesien.

Die Katzbalgerei zwischen den drei imperialistischen Regierungen und ihren Preßtrabanten geht munter weiter. Die deutschen „nationalen“ Hetzblätter fahren fort, ihren geduldigen Lesern immer neue Schauermärchen über die Polenschmach in Oberschlesien, über die Parteilichkeit des französischen Militärs und neue Putschvorbereitungen der Polen zu erzählen. Reinhold Wulle tischt in seinem Sensationsblatte der aufhorchenden Welt sogar in fetten Schlagzeilen die „eigene“ Drahtmeldung auf, daß das englische atlantische Geschwader unter Führung des Admirals Michelson nach Danzig unterwegs sei, um dort gegen die französischen Landungsabsichten zu demonstrieren und gleichzeitig die enormen französischen Waffen- und Munitionstransporte für Polen zu kontrollieren. Ebenso soll nach Wulle der von den Alliierten in Danzig eingesetzte Ueberwachungsoffizier, der englische General Heykling, sowohl dem französischen Generalkonsul wie dem polnischen Generalresidenten mitgeteilt haben, daß er einer Ausschiffung französischer Oberschlesientruppen in Danzig unter keinen Umständen zustimmen könne.

Hier scheint wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens oder, besser gesagt, der Wulleschen Phantasie, zu sein, die fast schon orientalisch anmutet. Wenn auch nicht bestritten werden kann, daß zwischen England und Frankreich eine gewisse Zuspitzung der Gegensätze erkennbar ist, so sollen sich doch unsere „nationalen“ Radau- und Gefühlspolitiker nicht einbilden, daß beide Staaten sich um deutscher Interessen willen ernstlich in die Haare geraten werden. Bei allem Gegensatz zwischen den politischen Ambitionen und Zielen der beiden Ententestaaten darf niemals übersehen werden, daß ihre gemeinsamen politischen Interessen einstweilen noch viel zu stark und mächtig sind, als daß sich England wegen Deutschland, das nach wie vor nur ein Stein im Schachbrett der englischen Diplomatie bleibt, mit Frankreich endgültig überwerfen wird. Englands Interessen erfordern Frankreichs tatkräftige Unterstützung gegen Amerika auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz, die im November d. J. zusammentreten soll. Und England ist an einer ihm günstigen Gestaltung seines Spannungsverhältnisses mit Amerika weit stärker interessiert, als an einer Hemmung des imperialistischen Expansionsdranges Frankreichs auf dem Kontinent zuungunsten Deutschlands. Gewiß sieht England mit Unbehagen, wie Frankreich sich in Mitteleuropa breitzumachen versucht. Deshalb unterstützt es den formellen Protest der Wirth-Regierung gegen die Beförderung einer weiteren französischen Division nach Oberschlesien und setzt den imperialistischen Gelüsten seines Verbündeten allerlei Widerstand entgegen. Darüber ist die französische Presse natürlich erbost und operiert mit mehr oder minder starken Drohungen, daß man sich an die englische Nichteinwilligung in die Entsendung weiterer französischer Truppen nach Oberschlesien einfach nicht kehren werde. Ja, man jongliert schon wieder mit der Besetzung des Ruhrgebiets. Der offiziöse „Temps“ wirft England vor, daß es ebenfalls ohne Befragung der übrigen Alliierten nach Belieben neue Kriegsschiffe nach den Dardanellen schicke, und leitet daraus für Frankreich das „unbestreitbare“ Recht der französischen Bourgeoisie ab, selbstherrlich neue Truppenmassen nach Oberschlesien zu werfen. Die Haltung der Regierung Wirth wird mit wenigen Sätzen abgetan. Das heuchlerische Bedauern über ihre Haltung klingt sehr bald in den vielsagenden Satz aus: Wir werden daraus gegebenenfalls die Konsequenzen zu ziehen haben. Die neueren Meldungen ergeben, daß England seinen Widerstand gegen neue französische Truppentransporte noch nicht aufgegeben hat, obwohl Frankreich ihm einige formelle Zugeständnisse gemacht hat, so in der Frage des sofortigen Zusammentritts der Sachverständigen wie in der Anberaumung der Konferenz des „Obersten Rates“ auf den 1. August. England möchte gewiß gern den gordischen Knoten der oberschlesischen Frage endgültig durchhauen sehen, um sich seinen überseeimperialistischen Aufgaben ungestörter widmen zu können. Aber es sucht jedenfalls von Frankreich eine neue Kompensation im Orient für das ihm angesonnene Desinteressement in Oberschlesien zu ergaunern. Auf alle Fälle steht fest, daß sich die beiden Rivalen schließlich auf Kosten des deutschen Proletariats einigen werden.

Und diese Tatsache legt der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse bestimmte Verpflichtungen auf. Frankreichs Truppensendung nach Oberschlesien bezweckt nicht nur, das oberschlesische Industriegebiet unter der Firma seines polnischen Vasallen seinen imperialistischen Expansionszwecken dienstbar zu machen. Sondern es liegt darüber hinaus, wie die von der französischen kommunistischen Presse täglich denunzierten Waffen- und Munitionssendungen nach Polen und Rumänien beweisen, die Absicht, die Hungerkatastrophe in einzelnen Gouvernements von Rußland zu einem bewaffneten Vorstoß gegen die Sowjetregierung auszunützen, um dadurch seine kontinentale Hegemonie in Europa fest zu verankern. Dem muß sich die deutsche, die internationale Arbeiterklasse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen. Und zwar aus Klassen-Selbsterhaltungstrieb jetzt und für die Zukunft. Darum heißt es wachsam und kampfbereit sein!

London, 26. Juli.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Der französische Botschafter hatte mit Lord Curzon Sonntag nachmittag eine ungewöhnlich lange Besprechung. Er erneuerte Briands Ersuchen um Ernennung britischer Mitglieder für den Sachverständigenausschuß und die Entsendung britischer Truppen nach Oberschlesien.

Französische Truppen würden auf jeden Fall abgehen.

Lord Curzon wies darauf hin, daß keine Truppen abgehen sollten, bevor der Oberste Rat dieses Verfahren gebilligt habe. Er drängte nochmals auf Zusammentritt des Obersten Rates Anfang August. Trotz des Bestrebens beider Regierungen, einen höflichen und freundschaftlichen Gedankenaustausch zu unterhalten, bleiben die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten unverändert.

Französische Drohungen, das Ruhrgebiet zu besetzen.

EE. Paris, 25. Juli.

Im Laufe der gestrigen Besprechungen wurde eifrig nach einer Grundlage für ein Einvernehmen durch gegenseitige Konzessionen gesucht. Es steht natürlich noch nicht fest, ob England den französischen Forderungen Rechnung tragen wird und der Entsendung von Truppen nach Oberschlesien zustimmt. Aber in Frankreich hofft man auf diese Zustimmung und scheint, wie aus dem „Echo de Paris“ mit aller Deutlichkeit hervorgeht, entschlossen zu sein,

falls diese Zustimmung Englands nicht zu erhalten ist, allein vorzugehen.

Entweder hält sich Frankreich an die Beschlüsse, die es gefaßt hat und wird von der Isolierung bedroht, oder es gibt nach und setzt sich durch die Niederlage, die es erleidet, der Gefahr aus, bei der Gesamtregelung der oberschlesischen Frage in Nachteil zu geraten. Infolgedessen mußte eine mittlere Linie gesucht werden. Frankreich knüpft an die Annahme des Zusammentritts des Obersten Rates eine **ausdrückliche Bedingung, daß sich England Frankreich anschließe, um von der deutschen Regierung den raschen Transport einer französischen Division nach Oberschlesien zu erlangen.**

Diese müßte in dem Augenblick in ihren Kasernen sein, in dem sich der Oberste Rat in Boulogne oder Paris versammelt. Indem England den französischen Ansprüchen Folge leistet, würde es einen Beweis seines Ernstes ablegen.“

Der französische Vorschlag **darauf, daß das ganze Industriegebiet oder der größere Teil desselben den Polen zufalle und infolgedessen zahlreiche alliierte Soldaten an Ort und Stelle sein müßten. Pertinax glaubt, daß man heute Englands Antwort kennen werde. Er hofft, daß der Ministerpräsident in dem Fall, daß England nicht nachgeben würde, entschlossen sein werde, um Berlin zur Nachgiebigkeit zu bringen an die Pforten der Ruhr zu klopfen.**

Es handle sich darum, eine der wichtigsten Grundlagen der französischen Politik zu verteidigen. Es handle sich um die zukünftige Sicherheit Frankreichs, das keine Verhandlungen zulassen könnte. Frankreich habe der Allianz bereits alle möglichen Opfer zugestanden.

England will auch schon die Entscheidung hinausschieben.

Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß gestern morgen eine englisch-italienische Mitteilung nach Paris gerichtet wurde **mit einem neuen Plan. Hiernach sollen diese beiden Vertreter vorschlagen, daß man in Oberschlesien vorerst den Deutschen sowie den Polen diejenigen Gebiete zuteilt, in denen die Polen und die Deutschen unzweifelhaft die Mehrheit haben, d. h. Polen würde die Distrikte Pleß und Rybnik zugeteilt erhalten und Deutschland die südlichen und westlichen Gebiete des umstrittenen Landesteils, vor allem Rosenberg, Oppeln, Kreuzburg und Leobschütz. Auf diese Weise könnten sämtliche interalliierte Truppen in den Industriegebieten konzentriert werden, und die Entsendung von neuen Truppen würde auf ein Minimum reduziert werden.**

Die Chicago Tribune sagt hierzu, daß im Verlaufe der gestrigen **Besprechungen der englischen Vertreter mitgeteilt habe, Englandmache hinsichtlich neuer Truppensendungen nach Oberschlesien alle Vorbehalte.**

England gibt Frankreichs Wunsch nach Truppenentsendung nach.

Der Oberste Rat wird in zehn Tagen abgehalten werden. Wir erfahren im letzten Augenblick, daß das englische Auswärtige Amt aus Paris eine Depesche erhielt, worin gesagt wird, daß die **englische Regierung gegen die Entsendung von französischen Verstärkungen nach Oberschlesien keinen Einspruch erheben dürfe,** da Briand bereit sei, auf die Einberufung einer Sachverständigenkommission zu verzichten und die Konferenz des Obersten Rates im Laufe der nächsten Woche abzuhalten. Nach den Erkundigungen des Vertreters des United Telegraph stimmt die englische Regierung diesem Kompromiß zu, und sie wird in einer Note die Vorschläge der französischen Regierung annehmen.

Angesichts der ausweichenden Antwort der deutschen Regierung hat Briand beschlossen, nunmehr so schnell wie möglich mit der Absendung von französischen Verstärkungen nach Oberschlesien zu beginnen. Die 11. Jägerdivision unter dem Befehl des Generals Vidallon wurde hierzu ausersehen. Die erste Abteilung trifft am Mittwoch in Oberschlesien ein.

Die Konferenz des „Obersten Rates“.

Wie der „Temps“ meldet, soll der Oberste Rat am 4. August zusammentreten. Nach dem „Intransigeant“ wird die Tagesordnung außer der oberschlesischen Frage noch folgende Punkte umfassen: Das Reglement der türkischen Meerengen, die Sanktionen, die Bestrafung der Kriegsbeschuldigten, die Frage der belgischen Priorität, sowie damit in Zusammenhang stehende Probleme, insbesondere eines neuen Arrangementes zugunsten Italiens, das durch die Zahlungsunfähigkeit Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens benachteiligt wäre, die Frage der Finanzhilfe für Oesterreich und eine eventuelle Hilfsaktion gegen die russische Hungerkatastrophe, endlich die Probleme des nahen Ostens.

Vor neuen Kämpfen in Oberschlesien.

Breslau, 26. Juli.

In den Rybniker Gruben ist der Generalstreik ausgerufen worden. Die Vorbereitungen zum vierten Aufstand sind in vollstem Gange. Große Waffentransporte aus dem Kreise Rybnik in die Grenzdörfer des Kreises Ratibor werden von allen Seiten gemeldet und bestätigt. In Neuberun werden drei Panzerzüge und sechs 10,5-Zmtr.-Geschütze von den Franzosen für die Polen ausgerüstet.

Die Schießereien beginnen wieder.

Ratibor, 25. Juli. (WTB.)

In Dzierkowitz kam es heute nacht zwischen Deutschen und Polen zu heftigen Schießereien. In Birawa wurde ein Eisenbahnzug angehalten, weil gemeldet wurde, daß Dzierkowitz mit bewaffneten Insurgenten besetzt sei.

Polnische Ortswehr hatte heute nacht die deutsche Brückenwache bei Bukau (im südlichen Kreise Ratibor) unter heftigem Gewehrfeuer genommen.

Getreidepreise und die Frage der Lohnerhöhung.

Wie die kommenden Dinge in der Preisentwicklung für die notwendigsten Lebensmittel sein werden, das läßt sich heute bereits klar für jedermann erkennen — es ist die Entwicklung, wie sie von uns Kommunisten seit Monaten prophezeit wurde.

Der städtische Proletarier wird einen gegen heute ums Mehrfache erhöhte Brotpreis zu zahlen haben; der Höchstpreis für rationiertes Brot wird zunächst um 40 Prozent gesteigert; das Brot auf dem freien Markte wird mindestens 12—14 Mark kosten; damit wird also das Brot 15—30mal so teuer als im Frieden — abgesehen von der minderen Qualität, Mischung, größeren Ausmahlung usw.; das trotz der noch weiter fortgesetzten „Verbilligung“ durch das Reich, die ohnehin aus den werktätigen Massen auf Umwegen (z. B. Steuern) wieder herausgepreßt wird.

Die Erhöhung der Getreidepreise kommt nicht „der Landwirtschaft“ zugute, sondern lediglich denjenigen Landwirten; deren Produktion das Liefersoll bei weitem übertrifft. Es wird somit ein **Privileg der großen Güter** und des besten Bodens geschaffen.

In steigendem Maße wird das Proletariat in seinen Lebenshaltungskosten an den **Weltmarktpreis** gebunden — für Butter, Schmalz, Speck, Fleisch, zum Teil Milch ist dieses schon heute der Fall. Der Lohn des deutschen Arbeiters beträgt aber nur ein Viertel bis ein Achtel der amerikanischen, ein Drittel der englischen Löhne. Das bedeutet nicht nur Teuerung, nicht nur Verelendung des Proletariats, sondern geradezu die **Aushungerung** breiter proletarischer Schichten.

Wenn nun schon der Preis des rationierten Brotes das 15fache gegenüber dem Friedenspreis beträgt, so ist natürlich der des nichtrationierten noch bedeutend höher. Nach einer offiziellen Mitteilung ist „von der Reichsgetreidestelle nicht beabsichtigt, Preise für freies Mehl oder daraus gebackenes Brot festzusetzen. Es würde ihr hierfür auch die gesetzliche Zuständigkeit fehlen.“ Wenn diese Meldung dabei glauben machen will, daß diese Preise unter den Weltmarktpreisen liegen würden, so ist das durch die Tatsache längst überholt: Nach dem „Tag“ vom 16. Juli werden die **Kosten des Inlandbrotgetreides auf dem deutschen Markt auf 6000 bis 7000 Mark pro Tonne, also noch etwa 2000 bis 3000 Mark über den Weltmarktpreisen stehen.**

Auch in Börsenkreisen ist man sich darüber einig. So heißt es zum Beispiel im „Börsenkurier“ vom 15. Juli 1921:

„Was Brotgetreide betrifft, bleibt bekanntlich die Einfuhr bei der Einfuhrgesellschaft zentralisiert, und somit kann es wohl kommen, **daß die Forderungen der Besitzer von Inlandsgetreide sich höher stellen, als für Auslandsgetreide die Einfuhr sich kalkuliert.** Allerdings ist seitens der Regierung beabsichtigt, im Falle dieser Zustand eintritt, durch Abgabe ausländischen Materials wieder **eine Regulierung der Verhältnisse herbeizuführen. Jedoch sind derartige Maßnahmen der Behörden auf dem Papier wohl leicht darzulegen, werden sich aber keineswegs immer in der Praxis durchsetzen lassen.**“

Weltmarktpreise also für alle Bedarfsgegenstände: das wird in kurzer Zeit vollkommen erreicht sein. **Weltmarktlöhne** für das deutsche Proletariat: das wäre das notwendige Parallelstück dazu. Reichsernährungsminister Hermes sprach denn auch im Reichstag bei Ankündigung der Preiserhöhungen von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Löhne und Gehälter; an Weltmarktslöhne freilich denkt ein deutscher Kapitalist nicht, ja nicht einmal an eine Erhöhung des Arbeitslohnes auch nur um ein Geringes. Die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitalisten im Ausland beruht eben darauf, daß im Vergleich zu Amerika und England der Kapitalist in Deutschland nur einen Bruchteil der Ausgaben für Arbeitslohn hat. Nimmt man dem deutschen Kapital diesen Vorsprung, so wird es nicht nur außerstande sein, die billigste Ware auf den Markt zu werfen, sondern das übrige Kapital, das noch über außereuropäische Völker als Ausbeutungsobjekte verfügt, wird alsdann mühelos den deutschen Konkurrenten beseitigen. Die SPD.- und USPD.-Führer haben sehr wohl begriffen, daß Lohnkämpfe, vom deutschen Proletariat auf der ganzen Linie aufgenommen, die Existenz des deutschen Kapitals in Frage stellen. Die Parole einer Staffelung des Brotpreises, wie sie zuerst von der USPD. ausgegeben wurde, ist wesentlich milder als die einer Erhöhung des Arbeitslohnes. Es ist Sache der Arbeiter, ihre Organe, die Parteien und Gewerkschaften, sowie die Betriebsräte zu zwingen, klar und unzweideutig mit der Sprache herauszurücken, ob sie einen Kampf um die Existenz der Arbeiter wollen und wie sie ihn wollen. Gegenüber den Hilferding, Georg Schmidt und anderen spricht die Kommunistische Partei es offen aus, daß dieser Kampf zwischen Kapital und Arbeit ein Entweder-Oder bedeutet, das ein volles Eintreten für die Interessen der Arbeiter den restlosen Kampf gegen das Kapital verlangt.

Lohnkämpfe allein können das deutsche Proletariat nicht aus seiner Bedrängnis herausreißen. **Der Kampf gilt** ja nicht nur der Teuerung, sondern mehr noch der Produktionssabotage des Unternehmertums. Der Kampf gilt nicht nur der Tatsache, daß im Vergleich zum Lohn der

Weizens heute noch das Dreifache und im Vergleich zum Friedenspreis sechs- bis dreißigmal so teuer ist als früher; er gilt in noch höherem Maße der anderen Tatsache, daß die **landwirtschaftliche Produktion Deutschlands** gegen 1914 um die Hälfte gesunken ist, daß die Getreide-Weltproduktion in absehbarer Zeit in vollen Widerspruch geraten wird zum Getreide-Weltbedarf, daß zum Beispiel schon heute Europa an Weizen 26 Prozent weniger konsumiert als vor dem Kriege. Der Kampf um die Sicherstellung der Ernährung der Arbeiter ist nicht nur **eine Frage der Lohnhöhe; er ist vielmehr noch eine Frage dessen, ob die Kapitalistenklasse Herrin der Produktion bleibt oder nicht. Kapitalistische Interessen sind es gewesen, die den Ruin der landwirtschaftlichen Produktion herbeigeführt haben. Es gibt keinen anderen Weg, als daß das Proletariat als einzig interessiert an der Steigerung der Produktion die Produktionsmittel in seine Hand nimmt.**

Wenn es also heute zu Lohnkämpfen kommt, so **werden die Kommunisten, wie dies im Interesse der Arbeiter liegt, sie fördern mit allen Mitteln; sie werden aber dem Proletariat sagen, daß es damit allein nicht getan ist. Sie werden die Landarbeiter auffordern, die Junker zu enteignen und genossenschaftlich die großen Güter zu bewirtschaften; und sie werden zugleich die Industriearbeiter auffordern, die Fabrikherren zu enteignen. Eine unter proletarischer Kontrolle nach proletarischen Bedürfnissen arbeitende Industrie allein ist imstande, die Landwirtschaft mit allen erforderlichen Betriebsmitteln zu versehen. Eben weil nur wir Kommunisten diese Notwendigkeit, die Kapitalistenklasse zu expropriieren,** das Proletariat zu Beherrschern der Produktion zu machen, längst erkannt haben, sind wir heute auch die einzige Partei, die das Proletariat auf dem Wege aus dem kapitalistischen Trümmerfeld führen kann. Dieser Weg wird angedeutet durch die Forderungen, die wir in der Ernährungsfrage als **Uebergangsmaßnahmen** stellen:

1. Anbauzwang für alle landwirtschaftlichen Großbetriebe unter Kontrolle des Landproletariats.
2. Entschädigungslose Enteignung alles brachliegenden Landes zugunsten der umliegenden Kleinbauern und Kleinpächter; entschädigungslose Enteignung aller schlecht bewirtschafteten Betriebe und deren genossenschaftliche Bewirtschaftung durch die auf ihnen beschäftigten Landarbeiter. Verbot jeder Arbeiterentlassung. Einstellung aller Entlassenen.
3. Zwang zur Verwendung von Kunstdünger durch die Großagrarier auf ihre Kosten in dem Maße, wie es von fachmännischer Seite erforderlich zur Erreichung einer Friedensernte angesehen wird.
4. Verbot allen Brennens von Nahrungsmitteln und Futtermitteln zu Schnaps.
5. Verbilligung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln (Kunstdünger, Kraftfutter, Geräte, Maschinen) für die kleinen Landwirte durch das Reich auf Kosten der industriellen Unternehmer. Streichung der Pachtzinsen für Kleinpächter.
6. Die Einfuhr des noch erforderlichen Getreides aus dem Auslande, das den Fehlbetrag des Lieferzolls der Großgrundbesitzer ausmacht, ist von den Besitzenden zu decken.
7. Verbilligung der Nahrungsmittel, insbesondere von Brot, Fleisch, Fett und Milch, für die arbeitenden Schichten durch das Reich. Die Kosten sind auf die Besitzenden abzuwälzen.
8. Direkter Güteraustausch durch die Organe der Industriearbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern und Verteilung unter der Kontrolle der Gewerkschaften.
9. Volle Wiederaufnahme der Arbeit in den industriellen Betrieben unter Kontrolle der Industriearbeiter, insbesondere in den für die Landwirtschaft notwendigen Industrien.
10. Erhöhung der Löhne für Industrie- und Landarbeiter entsprechend dem Existenzminimum. Steuerfreiheit bis zum Existenzminimum für alle Werktätigen.

Dieser Weg muß das Proletariat zum Herren der Produktion machen, muß auch zur Zerstörung des kapitalistischen Staates führen.

Arbeiter, wollt Ihr, daß die großen Güter Deutschlands für Euch Nahrungsmittel schaffen, statt daß sie lediglich zur Profitbeschaffung für die Junker dienen — wollt Ihr, daß die schaffenden Kräfte des flachen Landes diejenigen Betriebsmittel haben, die sie zur Höchstproduktion von Getreide, Hackfrucht und Vieh nötig haben: **dann laßt Euch nicht durch irgendwelche Rücksicht auf den Kapitalismus beirren, dann entfesselt den Kampf um unsere Forderungen, dann tragt zu gleicher Zeit mit aller Kraft den Klassenkampf aufs Land hinaus!**

Politische Uebersicht.

Wozu die deutsche Sozialdemokratie ihre Zustimmung gab.

Vom Zentralnachweisamt in Spandau wird über die Kriegsverluste 1914/1918 folgende Mitteilung gemacht:

Nach den amtlichen Feststellungen beliefen sich bis zum 31. Dezember 1920 die Verluste des deutschen Landheeres auf:

Kontingente	Tote	Verwundungen
Preußen	1 557 326	3 281 873
Bayern	168 718	434 835
Sachsen	123 [illegible]98	367 696
Württemberg	7[illegible]227	191 865
	1 763 979	4 214 579
dazu die Verluste der Marine mit	34 256	31 685
und der Schutztruppen mit	1 133	1 210
also insgesamt	1 792 368	4 246 874

Diese Zahlen sind noch nicht endgültig, da die Feststellung der Verluste noch nicht abgeschlossen ist.

Die Zahl der Verwundeten ist in Wirklichkeit geringer, da auf einen Teil von ihnen mehrere Verwundungen fallen.

Die Zahl der Vermißten wird ungefähr auf ungefähr 250 000 geschätzt. Sie ändert sich dauernd im Verlauf der Nachforschungsarbeiten und soll erst nach deren Abschluß endgültig und genau angegeben werden.

Arbeiter, die Sozialdemokraten beider Richtungen, die jetzt unter der Parole „Nie wieder Krieg" demonstrieren, haben dem Völkermorden ihre Zustimmung gegeben und bis zum letzten Tag die Arbeiterklasse zu hindern versucht, dem Schlachten ein Ende zu machen. Und nachdem die Ententebajonette und die deutschen Arbeiterfäuste dem deutschen Imperialismus das Handwerk gelegt haben, **hat das republikanische Deutschland mit „pazifistischen" Sozialdemokraten an der Spitze, das Blut von 20 000 Arbeitern vergossen,** deren Verbrechen darin bestand, sich gegen die Unterdrückung und Verelendung durch die Kapitalistenklasse zur Wehr zu setzen.

Diese mit der Schuld an den Weltkriegsleichen beladenen, mit Arbeiterblut bespritzten Verräter an der proletarischen Sache treten heute vor die Arbeiter und rufen heuchlerisch: **Nie wieder Krieg!**

„Nieder mit dem Kapitalismus, nieder mit den Arbeiterverrätern!" müßt Ihr ihnen antworten.

Die Oberschlesische Arbeiterschaft gegen den Nationalismus — für die Einheitsfront des Proletariats.

Als die polnischen und deutschen Kapitalisten in Oberschlesien sich um die dortigen Naturschätze, um die Kohlen- und Erzgruben und um die großen Hüttenwerke stritten und zu diesem Zweck die Proletarier der verschiedenen Nationalitäten gegeneinander hetzten, um sich gegenseitig mit den modernsten Mordwaffen die Schädel einzuschlagen, schickte die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale „Studienkommissionen" nach Oberschlesien. **Die deutschen und die polnischen Gewerkschaftsführer ergingen sich in Amsterdam jedoch nur in gegenseitigen heftigen nationalistischen Anklagen. Die polnischen Gewerkschaftsbonzen hetzten ihre Mitglieder auf die deutschen Arbeiter, während umgekehrt die deutsche Gewerkschaftsbürokratie den nationalistischen Rummel der Höfer und Konsorten mit allen Mitteln unterstützten. So artete der Streit der Internationalen Kapitalistenclique zu einem blutigen Arbeitermorden aus.**

Jetzt ist das oberschlesische Proletariat aus diesem Rausch der nationalen Verhetzung erwacht. Es ist im Begriff, den einzig möglichen und richtigen Weg zu beschreiten: Es vereinigt sich ohne Unterschied der Nationalität und der Partei zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen den ausbeuterischen Kapitalismus. Der Wille zur Vereinigung und zur Bildung einer gemeinsamen Proletarierfront kommt zum Ausdruck in einem Aufruf zur Einberufung eines oberschlesischen Betriebsrätekongresses, den unser oberschlesisches Parteiorgan veröffentlicht. Die Anregung hierzu ging aus von einstimmig gefaßten Beschlüssen der Arbeiter der **Castellengo-** und der **Concordiagrube,** sowie von einer Generalversammlung des **Deutschen Metallarbeiterverbandes in Gleiwitz.** Nunmehr haben sich die Betriebsräte der 13 größten Gruben, 5 Hütten und 4 Werke dieser Forderung angeschlossen und gemeinsam folgenden Aufruf erlassen:

Arbeiter! Genossen! Kollegen! Betriebsräte!

Zu wiederholten Malen ist von der revolutionären Arbeiterschaft der Versuch unternommen worden, die Betriebsräte zum Zweck des Kampfes gegen die Machinationen der Kapitalisten, ohne Rücksicht auf irgend eine Nationalität, zusammenzufassen.

Bis jetzt scheiterten alle Versuche daran, daß große Massen der Arbeiterschaft des Glaubens wären, daß sie durch irgendeinen nationalistischen Putsch sich aus den Fesseln des Kapitalismus befreien könnten. Wir haben jedoch gesehen, daß unbekümmert der nationalen Kämpfe die Unternehmer nach wie vor versuchen, aus der Haut des Arbeiters Riemen zu schneiden. In vielen Betrieben werden Arbeiter von den Kapitalisten terrorisiert, auf die Straße geworfen und brotlos gemacht deswegen, weil sie auf dieser oder jener Seite während des Aufstandes gekämpft haben. Oft auch werden die finanziellen Lasten des vergangenen Aufstandes noch nachträglich auf die schwachen Schultern des Arbeiters abgewälzt. Dazu kommt, daß Arbeiterfeinde unter den verschiedensten verhetzenden Parolen die Proletarier nicht zu einer einigen Klassenkampffront gelangen lassen wollen.

Endlich muß Schluß gemacht werden mit jeder nationalen Hetze und mit jedem Terror gegen Arbeiter. In den Betrieben ist es notwendig, daß die Arbeiter, polnische und deutsche, die alle gleichermaßen von den Kapitalisten ausgebeutet werden, sich betriebsweise zusammenschließen unter der Leitung der revolutionären Betriebsräte.

Alle Betriebsräte und alle revolutionären Arbeiter, denen daran etwas liegt, daß das Proletariat Oberschlesiens durch neue Kämpfe, und womöglich durch einen Krieg nicht einem grenzenlosen Elend zugeführt wird, müssen daran arbeiten, daß diese einheitliche Arbeiterfront zustande kommt.

Deswegen, Genossen, Kollegen und Betriebsräte, wenden wir uns an euch mit der Aufforderung, uns bei der Propagierung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses für Oberschlesien zu unterstützen.

Ohne Rücksicht auf irgendeine bürgerliche Klique, ohne Rücksicht auf irgendeine Partei und ohne Rücksicht auf irgendeine nationalistische Seite müssen wir als Arbeiter uns die Bruderhand reichen, im Interesse des gesamten Proletariats Oberschlesiens. Der einzuberufende Betriebsrätekongreß soll das Sprachrohr sein aller Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität.

Jeder revolutionäre Betriebsrat, der mit dieser Bewegung einverstanden ist, möge sich durch Unterschrift für den Betriebsrätekongreß entschließen.

Es lebe die Einigkeit des oberschlesischen Proletariats!

Es lebe der Klassenkampf der vereinigten revolutionären Betriebsräte gegen den Kapitalismus!

Unterzeichnet ist der Aufruf von den Betriebsräten der Castellengogrube, Concordiagrube, Abwehrgrube, Hedwigwunschgrube, Preußengrube, Ludwigssegengrube, Wolfgangrube, Gräfin Laura-Grube, Heinitzgrube, Luisengrube, Ferdinandgrube, Oheimgrube, Graf Franz-Grube, Königshütte, des Bergwerks, der Bismarckhütte, Baildonhütte, Donnersmarckhütte, O. E. W., Chorzow, Stickstoffwerke Chorzow, Kokswerke Ruda, Adolf Deichsel-Stahlfabrik, Hindenburg.

Das Charakteristische und Erfreuliche an diesem Aufruf zur Klassen-Solidarität und zum Klassenkampf ist die Tatsache, daß er unterzeichnet ist von Betriebsräten, die organisatorisch der **polnischen Berufsvereinigung, dem Deutschen Bergarbeiterverband,** dem **Deutschen Metallarbeiterverband,** der **Freien Arbeiterunion,** dem **C. J. K. P.** usw. angehören. Unter dem Druck der Not, unter der alle Proleten gleich stark zu leiden haben, haben sie den Weg zur Einigung gefunden und sind nun entschlossen, die Organisierung des gemeinsamen Kampfes gegen das kapitalistische Ausbeutertum auf dem Betriebsrätekongreß Oberschlesiens zu beraten und zu beschließen.

Diesem mutigen und zielklaren Beispiel der oberschlesischen Kapitalssklaven müssen die Arbeiter in allen Bezirken und Provinzen Deutschlands folgen. Ueberall müssen die Betriebsräte Stellung nehmen, lokal und interlokal zusammentreten und die Forderung auf Abhaltung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses für ganz Deutschland erheben und durchsetzen. Nur so wird es möglich sein, mit den Männern der Arbeit, die täglich im Kampf gegen die ausbeuterischen Maßnahmen des Unternehmertums stehen, eine einheitliche Kampfesfront zu schaffen, die die Befreiung des Proletariats ermöglicht.

Deshalb Arbeiter Deutschlands, macht nicht viel Worte, sondern handelt!

Folgt dem Beispiel unserer oberschlesischen Brüder!

Die Mannheimer Betriebsräte für den gemeinsamen Kampf des Proletariats.

Auf das Drängen der Kommunisten hin fand in Mannheim eine allgemeine **Betriebsräteversammlung** statt, die sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen sollte. Der Gewerkschaftsbonze Fröhlig hatte durch Rundschreiben an seine Gesinnungsgenossen vergeblich versucht, die nötige Gegenstimmung gegen die Kommunisten zu schaffen. Seine Rede war so reaktionär, daß sie selbst den letzten verbohrtesten seiner Anhänger über die Pläne der Gewerkschaftsbürokratie aufklärte. Fröhlig erklärte, **es sei ihm lieber, wenn 3 bis 4 Millionen weniger in den Gewerkschaften wären, denn dann hätten sie ein leichteres arbeiten!** Weiter sagte er: **„Wenn es mit den Arbeitslosen so weiter geht, wenn sie weiter so unter kommunistischen Einfluß kommen, dann müssen sich die Gewerkschaften mit einem Schutzwall umgeben!** Dann setzte Fröhlig heimtückisch, die **Arbeitslosenunterstützung könne nicht erhöht werden,** weil es die Unternehmer verbieten. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die eigenen bisherigen Anhänger hatten „Arbeitervertreter" reihenweise in der Diskussion gründlich mit ihnen ab. Es wurde beschlossen, eine öffentliche Versammlung des ADGB abzuhalten, auf der ein Bericht vom Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale gegeben werden sollte. Ferner wurden folgende Anträge einstimmig angenommen:

Die am 19. Juli im „Rosengarten" tagende Funktionärversammlung des ADGB. wolle beschließen: Es ist auf der schleunigsten Wege von dem Ortsausschuß des ADGB. für Baden eine Konferenz einzuberufen. Tagesordnung: Stellungnahme zu den zehn Forderungen des ADGB. Es nehmen daran sämtliche Gewerkschaften teil, und zwar entfallen auf je 2000 Mitglieder ein Delegierter. Delegierte dürfen nur Kollegen aus den Betrieben sein. Gewerkschaftsbeamte sind nicht wählbar und können nur mit beratender Stimme teilnehmen. Die Kosten tragen die Gewerkschaften.

Die heute versammelten Betriebsräte und Funktionäre beauftragen die Ortsverwaltung des ADGB., daß sie mit ihrer ganzen Kraft bei der Kommune dahin wirkt, daß die folgenden Forderungen der Arbeitslosen durchgesetzt werden:

1. Anerkennung des Arbeitslosenrates.
2. Freistellung eines Zimmers für denselben.
3. Aufwandsentschädigung für denselben.
4. Ausstellung eines Ausweises, um mit den Betriebsräten verhandeln zu können, und Einsicht in die Listen des Arbeitsamtes.
5. Gewährung einer sofortigen Zulage unter genauer Berücksichtigung der sozialen Lage des Einzelnen."

„Die am 19. Juli versammelten Mannheimer Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre verlangen von der Ortsverwaltung Mannheim des ADGB., daß sie sofort energische Schritte unternimmt, um die Punkte 6 und 7 der 10 Forderungen des ADGB. durchzusetzen. Zu diesem Zwecke sind von den Betriebsräten in den Betrieben Nachforschungen anzustellen. Eine Kommission, die paritätisch aus dem Ortsausschuß des ADGB., dem Zentralrat und dem Arbeitslosenrat zusammengesetzt ist, hat mit allen Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes die Ergebnisse dieser Nachforschungen zu verwerten."

Streik der Zimmerleute Großberlins.

Die Lohnforderung der Zimmergesellen Großberlins auf 8 Mark Stundenlohn (bisher 7,05 Mark) wurde vom Lohnbezirksamt mit einem Vergleichsvorschlag von 7,65 Mark beantwortet. Nachdem die Bezirksversammlungen Großberlins diesen Vergleichsvorschlag abgelehnt hatten, beschloß die Delegiertenversammlung der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer am Dienstag abend durch einstimmige Annahme einer vom 1. Vorsitzenden der Zahlstelle Großberlin, dem Genossen Repschläger, eingereichten Resolution, den Streik aller Zimmerleute Großberlins ab Mittwoch, den 27. Juli. Genosse Repschläger richtete an die Delegierten den dringenden Appell, die geschlossene Kampffront mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten, keinen Streikbruch aufkommen zu lassen und bis zur Anerkennung der Forderung durch die Unternehmer im Kampfe auszuharren.

Von dem Streikbeschluß werden zirka 5000 Zimmergesellen in Groß-Berlin betroffen.

Zum Streik im Wurmrevier.

Am Sonnabend, den 23. Juli, fand auf der Sportswiese in Alsdorf eine von über 3000 Personen besuchte Versammlung statt. Es wurde dort die unklare Haltung verschiedener Angestellter sowie der Führer des BAV. und anderer Gewerkschaften gerügt. Die freien Gewerkschaften arbeiten den Christlichen, die die Bewegung sabotieren, dadurch in die Hände, daß sie immer wieder den Standpunkt herauskehren wollen, nur die Beamten und Angestellten ständen im Streik. Ferner versuchen sie immer noch, die Union zu ignorieren, obwohl diese in der Arbeiterschaft die meisten Anhänger hat.

Inzwischen haben die Angestellten durch ihre verantwortlichen Leiter eine Erklärung abgegeben, sie wollten mit allen Mitteln dafür sorgen, daß am Montag eine Konferenz aller Betriebsräte stattfindet.

Die Lage im Wurmrevier hat sich nun insoweit geändert, daß diejenigen Bergarbeiter, die in der vergangenen Woche getreu der Parole des christlichen Gewerkvereins folgten und noch zur Arbeit erschienen waren, auch heute restlos die Arbeit eingestellt haben.

Produktionssabotage der Unternehmer.

Es ist bekannt, daß das Unternehmertum seit Monaten daran ist, den Lohn abzubauen, die Arbeiter zu erhöhter Leistung zu zwingen und einen Teil der Arbeiter zu entlassen. Wir haben an dieser Stelle schon oft die Notwendigkeit betont, daß diesem einheitlichen Plan der Unternehmer die geschlossene Front des Proletariats entgegengestellt werden muß. Doch die Gewerkschaftsführer widersetzen sich, wo sie nur können, dem einheitlichen Kampf der Arbeiter auf breitester Grundlage. Ihr Sträuben gegen diese Notwendigkeit hat im wesentlichen zwei Ursachen. Die eine liegt darin, daß die Gewerkschaftsleitungen, an der Spitze der ADGB., sich für die Erfüllung der Ententeforderungen verpflichtet haben und nun mit allem Nachdruck die Theorie vertreten, daß die Erfüllung dieser Forderungen nur möglich sei bei **Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und mit einer damit verbundenen Mehrleistung der Arbeiterschaft.**

Die andere Ursache liegt darin, daß die Gewerkschaftsführer, an der Spitze Dißmann, Paeplow u. a. die Auffassung vertreten, daß die Arbeiterschaft in Zeiten der Krise keine größeren Streiks zu führen in der Lage wäre und deshalb mit einer Taktik des Lavierens bessere Zeiten abwarten müßte.

Die Unternehmer verstehen es ausgezeichnet, aus dieser Einstellung der Gewerkschaftsbürokraten Nutzen zu ziehen. Für sie sind die Phrasen wie Allgemeinwohl, Zusammenstehen des ganzen Volkes ohne Unterschied der Klassen und des Standes, oder beide Teile müssen Opfer bringen, nur ein Deckmantel für ihre Ausbeutungsmaßnahmen. Während die Gewerkschaftsführer die Arbeiter zum freiwilligen Verzichten und zum Tragen großer Opfer zu überreden versuchen, steigen die Unternehmergewinne, wachsen die Dividenden ins Unermeßliche.

Weigern sich auch die Gewerkschaftsleitungen, generell den Kampf gegen das profithungrige Unternehmertum zu führen, so können sie doch nicht die Gegenaktionen von Arbeitern einzelner Betriebe verhindern, ja, die Gewerkschaftsführer sind da und dort unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen, derartige Einzelkämpfe zu unterstützen oder selbst zu führen. Da, wo die Arbeiter noch genügend Energie und Kampfwillen in sich haben, gelingt es ihnen sehr oft, die Durchführung der Unternehmerpläne zu verhindern. Wo dieser Fall eintritt, zeigt das Unternehmertum immer seinen wahren Charakter, d. h. es pfeift auf alle schönen Reden von Volkswohl und Wiederaufbau, indem es durch eine systematische Produktionssabotage die Arbeiter in die Knie zu zwingen versucht.

Wir haben in den letzten Wochen eine ganze Reihe von Sabotageakten der Unternehmer gemeldet. So hat beispielsweise die **Weserwerft in Bremen** Arbeit in Hülle und Fülle, sie entläßt aber trotzdem Tausende von Arbeitern und erklärt dem Betriebsrat frank und frei, wenn die Arbeiter mit Lohnkürzungen einverstanden sind, dann erfolgen keine Entlassungen. Ein Bauunternehmer in Brix bei Berlin erklärte seinen Arbeitern: Ich habe genügend Aufträge, aber wenn ihr nicht billiger und länger arbeitet, lasse ich verkürzt arbeiten. Er führte diese Drohung auch durch, als die Arbeiter sein Ansinnen ablehnten. Derartige ähnlicher Fälle werden uns aus dem ganzen Reiche gemeldet. Wir wollen im nachfolgenden einen ganz besonders krassen Fall von Produktionssabotage in einem Braunkohlenbergwerk im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. anführen:

Vor einigen Wochen erklärte der Direktor Schatz von der Grube „Oskar", Schmogrow (Weisserberg) dem Betriebsrat, daß er an 30 Mann der Belegschaft entlassen müsse, angeblich wegen Absatzstockungen. Der Betriebsrat wehrte sich gegen die Entlassungen, da solche nicht vorgenommen werden dürfen, bevor die Arbeit gestreckt ist. In einer Betriebsratssitzung wurde beschlossen, jede Woche eine Feierschicht festzusetzen. Obwohl schon noch wenigen Tagen die Beamten dagegen auf eine

Erhöhung der Löhne und Gehälter, wurde der Belegschaft mitgeteilt, da die Direktion ihre Absicht, einen Teil der Belegschaft zu entlassen, nicht aufgab. In einer Betriebsversammlung erklärte Kamerad Kleinsteuber, daß die Steiger die Belegschaft drängten, mehr Kohle zu fördern, daß kein Zentner Kohle vorrätig wäre, daß die Grubenverwaltung große Aufträge angewiesen habe, darunter einen von 20000 Zentner; trotzdem wolle die Direktion Leute entlassen. Unter diesen Umständen werde die Belegschaft dies nicht zugeben.

In derselben Versammlung stellte Direktor Schatz das Ansinnen an die Belegschaft, weil eine dreitägige Betriebsstockung vorgekommen sei, auf drei Tage Lohn zu verzichten, welche der Belegschaft laut Tarif zustanden. Kamerad K. lehnte im Namen der Belegschaft diese Zumutung ab, da die Arbeiter bei ihrem jetzigen Lohn ohnehin kaum ihre Familie durchbringen könnten. Die Firma, die im letzten Jahre **einen Gewinn von 700 000 Mark erzielt habe**, könne den Verlust leicht verschmerzen.

In der Folge sollte K. wegen eines vorgeschobenen Grundes entlassen werden. Eine Betriebsversammlung erklärte, daß sie die Maßregelung K.'s mit sofortiger Arbeitsniederlegung beantworten werde. Darauf drohte Schatz, daß er bei **einer Arbeitsverweigerung sofort den Betrieb abbrechen und die Maschinen anderweitig verwenden lassen wolle.** Die Belegschaft läßt sich dadurch nicht einschüchtern. Es muß aber auf die Willkür der Grubengewaltigen vom Schlage Schatz hingewiesen werden, die in der heutigen Zeit mit dem Gedanken spielen, lebenswichtige Grubenbetriebe lahmzulegen und der Wirtschaft die Kohle entziehen zu wollen.

In den vielen tausenden von Paragraphen in der deutschen Reichsverfassung und Gesetzgebung findet sich nicht einer, der die Handhabe bieten würde, um gegen dieses verbrecherische, das gesamte Volk schädigende Treiben einschreiten zu können. Wir können von einem kapitalistischen Staat etwas derartiges auch nicht erwarten, **umsomehr ist es Aufgabe der Arbeiter und vor allen Dingen der Gewerkschaften, sofort den Kampf um die Kontrolle der Produktion aufzunehmen.**

Sondergericht Halle.

Der 32jährige Arbeiter Paul Plötz aus Döllnitz nahm am Nachmittag des 2. Osterfeiertages Kindern eine Handgranate weg und übergab sie gleich darauf im Gasthaus einem anderen Arbeiter, der sie forderte. Zwei Zeugen hatten früher behauptet, er habe außerdem mit einem Gewehr an der Elsterbrücke bei Burgliebenau Posten gestanden. In der Verhandlung wußten sie nichts. Nur ein Arbeiter Bennemann, der unter Zubilligung einer Bewährungsfrist zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, wollte sich offenbar der ebertinischen Gnadensonne würdig erweisen und belastete seinen Genossen. Interessant war das Plädoyer des Staatsanwalts dadurch, daß er sich zu der bisher vom Rechtsanwalt Hegewisch vertretenen Auffassung bekannte; er betonte, daß zum Gewahrsam (der Voraussetzung für eine Bestrafung wegen Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz) der Wille gehöre, die Waffe längere Zeit im Besitz zu behalten. Es genüge nicht, daß der Angeklagte kurze Zeit über die Handgranate verfügte, und **eine Verurteilung sei in diesem Falle nicht möglich.** Dagegen hielt der Staatsanwalt das Postenstehen für erwiesen und beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf **9 Monate Gefängnis.**

Der Installateur Friedrich Bauer, der Heizer Waldemar Stammer, der Bergmann Franz Utgenannt, der Bergmann Paul Heyer, der Steinarbeiter Fritz Steinberg und der Bergarbeiter Otto Schönfeld aus Helbra waren des Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz, des Landfriedensbruches und des Anschlusses an bewaffnete Haufen angeklagt. Bauer und Stammer hatten im Auftrag von Max Hölz mit drei Unbekannten Dynamit in Leimbach requiriert und damit die Amtsräume des Amtsvorstehers, die sich in der Villa des Gutsbesitzers Spielberg befanden, gesprengt. Vorher soll die Wohnung des geflüchteten Gutsbesitzers durch die Angeklagten geplündert worden sein. Von 24 (fünfundzwanzig!) weggenommenen Anzügen will der arme Agrarier nur 8 Stück wiedererhalten haben. Das Urteil lautete gegen Bauer auf

fünf Jahre Zuchthaus,

gegen den erst 19jährigen Stammer auf 1 Jahr Zuchthaus, gegen Utgenannt, Heyer und Schönfeld auf 10 Monate Gefängnis und gegen Steinberg auf 6 Monate Gefängnis. Die vier letzten Angeklagten hatten sich bei den Bauer und Stammer zur Last gelegten Handlungen nur in der Nähe befunden.

Der Schmied Otto Kamme aus Hörnburg wurde lediglich deshalb zu **1 Jahr Gefängnis** verurteilt, **weil er am Ostersonnabend mit einem Gewehr gesehen worden war (!).**

Ausland.

Der Aufmarsch gegen Sowjetrußland.

Sowohl die „Humanité" als auch der „Daily Herald" bringen neue Nachrichten über die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg gegen Sowjetrußland. Nach der „Humanité" ist der französische Dampfer „Pomone" mit einer Munitionsladung nach Rumänien ausgelaufen. In D'Auberviliers sind 200 Arbeiterinnen damit beschäftigt, Giftgase für die polnische und rumänische Armee herzustellen. Das angesehene Provinzblatt „Le Havre-Eclair" teilt mit, daß man im französischen Kriegsministerium offen zugibt, daß französisches Kriegsmaterial nach Polen und Rumänien transportiert wird.

Ueber die Vorbereitungen Frankreichs schreibt der „Daily Herald": „Wir kennen den jahrhundertealten französischen Traum nach einer militärischen Vorherrschaft in Europa, und das von Frankreich anhängige Polen bedeutet nur einen wesentlichen Teil für diese Bestrebung. Nun wird gesagt, daß Rußland einen Angriff auf Polen vorbereite. Wenn dieser Behauptung eine Bedeutung zukommt, so bedeutet sie, daß Polen einen Angriff auf Rußland vorbreitet."

Sehr bemerkenswert ist auch die Haltung, die die Londoner „Times" gegenwärtig zu Rußland einnimmt. Lord Northcliffe, der Besitzer der „Times", steht in **engsten Beziehungen zu russischen monarchistischen Kreisen** und zu solchen Engländern, die mit einem erneuerten Zarenreich Geschäfte machen wollen. Die „Times" stellt fest, daß der Bolschewismus an der Hungersnot in Rußland schuld sei, und empfiehlt einen **Defensivbund zwischen Finnland, Polen, Rumänien, Estland und Lettland gegen Sowjetrußland.** Es ist einigermaßen klar, was für eine „Defensive" hier beabsichtigt ist.

Das westeuropäische Proletariat wird die größte Energie aufbringen müssen, um die beabsichtigten neuen militärischen Vorstöße gegen Sowjetrußland zu vereiteln.

Konferenz der Randstaaten in Helsingfors. Die Vertreter der baltischen Staaten sind gestern in Helsingfors eingetroffen. Die Verhandlungen haben heute begonnen. An der Konferenz nehmen als Hauptvertreter teil: für Polen Unterstaatssekretär Dombski, für Lettland Minister des Äußern Meierowicz, für Estland Minister des Äußern Piip, für Finnland Minister des Äußern Holsti.

Protest der französischen Metallarbeiter gegen die Kriegsabsichten Frankreichs.

Der **Kongreß der Metallarbeitergewerkschaft** in Lille nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Der nationale Kongreß der Metallarbeiter in Lille protestiert energisch **gegen die kriegerische Haltung der französischen Regierung, die nach Polen und Rumänien Munition für einen Angriff gegen Sowjetrußland sendet.**

In Anbetracht des wirtschaftlichen Chaos, das in der ganzen Welt durch die Regierungen hervorgerufen wurde, fordert der Kongreß das Proletariat auf, gegen die Gefahren des von den kapitalistischen Machthabern vorbereiteten neuen Massenmordes zu kämpfen, und **entsendet seinen brüderlichen Gruß an die russischen Arbeiter und Bauern, die die Avantgarde der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe für die vollständige Befreiung bilden.**"

Die Resolution ist um so bedeutsamer, als Merrheim, der Führer der sowjetfeindlichen Gewerkschaftspolitik, Mitglied des Metallarbeiterverbandes ist.

Generalstreik der Textilarbeiter in Nordfrankreich.

Paris, 25. Juli. **Havas meldet aus Lille: Die Vertreter der Arbeitsbörsen von Roubaix, Tourcoing und Umgegend haben gestern beschlossen, für den 2. August den Generalstreik in der Textilindustrie und allen andern durch eine Lohnherabsetzung bedrohten Arbeitszweigen zu erklären.**

Faszisten und Sozialisten zum Bürgerkrieg in Italien.

Bei den letzten Ereignissen des Bürgerkrieges in Italien hat man nicht nur sehen können, wie scharf und unheilbar die revolutionäre Krise geworden ist, sondern auch wie tief die jetzigen Führer der sozialistischen Partei Italiens gesunken sind.

Während in Italien die Straßenkämpfe zwischen Faszisten und Proletariern in den letzten Zeiten so blutig geworden sind, daß man Hunderte von Verwundeten und Toten gehabt hat, während das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei Italiens angefangen hat, den Faszistenbanden einen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, gerade in dieser Zeit haben die italienischen sozialistischen Führer Verhandlungen angeknüpft, um mit den Faszisten den Frieden zu schließen.

Die Verhandlungen zwischen Faszisten und Sozialisten sind im Parlament angefangen worden, wo einige sozialistische Deputierte und besonders Dr. Zaniboni mit faszistischen Deputierten Besprechungen begannen, mit dem Zweck, irgendeinen Frieden zu schließen. Nachdem die sozialistischen Deputierten die ersten Schritte getan hatten, nahm die **Zentrale der Sozialistischen Partei Italiens** den Vorschlag des Friedensvertrages an. Also die Zentrale einer Partei, die heute noch Anspruch erhebt, der 3. Internationale angehören zu können, hat es für richtig gehalten, mit den Führern des weißen Terrors zu verhandeln. Die Zentrale einer Partei, die sich als eine marxistische Partei hinstellt, hat sogar geglaubt, daß es möglich sei, durch Verhandlungen zwischen Parteiführern dem blutigen Klassenkampf ein Ende zu machen.

Die ersten Nachrichten der Verhandlungen zwischen Sozialisten und Faszisten wurden natürlich sehr freudig angenommen von allen Gewerkschaften, sozialistischen Bonzen und von allen sozialistischen Führern, die nur ein Ziel haben, auf den Schultern des Proletariats gut und ruhig leben zu können. Aber **die proletarische Masse,** die mit ansehen mußte, wie man ihre Häuser in Brand steckte, wie man sogar ihre Kinder und Frauen mordete, **nahm die Nachricht von den Verhandlungen mit der größten Entrüstung auf.** Bei den Faszisten hat man das auch bemerkt: die Führer wollten einen Frieden schließen, da sie ihren Zweck erreicht hatten, d. h. politische Macht und Bereicherung durch die Geldzuschüsse der Kapitalisten. **Die Masse der Faszisten hat sich aber im allgemeinen gegen den Frieden ausgesprochen.** Es ist jedenfalls zu bemerken, daß aus der Faszistenorganisation eine wilde Kraft geworden ist, die augenblicklich in ganz entgegengesetzten Richtungen handelt und die sogar gegen diejenigen, die sie organisiert haben, zu handeln anfängt. **Der Faszismus ist eine Organisation des Mittelstandes.** Die Studenten, Angestellten, Offiziere a. D. und alle die Stellungslosen oder schlecht bezahlten Mitglieder des Mittelstandes haben sich in dem Faszismus organisiert und haben unbewußt für die Interessen des großen Agrar- und Industriekapitalismus gekämpft. Als sie gegen das Proletariat kämpften, taten sie es, weil sie glaubten, daß die proletarischen und sozialistischen Bewegungen der Nachkriegszeit Ursachen der Krise waren, und nicht die Folgen. Aber der Augenblick kann nicht fern sein, wo auch die Faszisten sehen werden, daß sie Opfer des Betrugs der Kapitalisten gewesen sind.

Der neue Ministerpräsident Bonomi hat die Leitung der Verhandlungen übernommen; er hat die faszistischen und sozialistischen Führer zu sich gerufen, um den Friedensschluß zu beschleunigen. So denkt Bonomi, der gewesene Sozialist, Marxist und Redakteur des „Avanti" dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen und das erschütterte demokratische System in Italien zu retten! Aber alles wird vergeblich sein! Während die sozialistischen Verräter des Proletariats mit den Mördergesellen in Veranden zusammensitzen, wird der blutige Kampf außerhalb des Rahmens der demokratischen Institutionen fortgesetzt. Das Proletariat steht endlich auf und nimmt den Kampf an. In ganz Italien werden die **„Battaglioni degli arditi del popolo" (Volksstürmer)** gebildet.

Wenn in dieser Situation die KPI. ihre Aufgabe erfüllt, dann können wir sagen **daß wir in Italien am Vorabend entscheidender Ereignisse stehen.**

Proteßgeneralstreik in Rom.

Infolge der **Zwischenfälle zwischen Kommunisten und Faszisten in Rocca Strada** wurde gestern abend ein **Generalproteststreik** von 24 Stunden angesagt. Die Stadt Rom zeigte ihr gewöhnliches Aussehen, nur die Straßenbahnen streiken.

Der Lohnabbau für die englischen Landarbeiter beschlossen.

Das Vorgehen der englischen Großagrarier gegen die Landarbeiterschaft nimmt immer deutlichere Formen an. Das Lohnamt für Landwirtschaft hat beschlossen, den Mindestwochenlohn der englischen Landarbeiter von 48 Schilling auf 42 Schilling herabzusetzen. Es ist sehr zweifelhaft, daß die Landarbeiter sich diesen Streich so gutwillig gefallen lassen werden.

Arbeitsfriede.

15] Roman von Franz Jung.

Copyright by Der Malik-Verlag, Berlin-Halensee 1921.

Selbstverständlich fing Merkel auch an, sich Gedanken zu machen, wie er wieder zu Gelde kam. Die Frau verdiente zwar etwas, noch reichte auch alles, aber dieses „später dann" frißt sich in die Menschen zu tief ein, was wird in 14 Tagen sein, in 4 Wochen — Aussichten sind doch nicht genug, um davon Brot zu kaufen. Vielleicht hatte die Frau darüber noch keine Bemerkungen fallen lassen, aber Hans fühlte doch einen ständigen Vorwurf, wenn sie saß und mehr nähte als sonst, und das erbitterte ihn, machte ihn unruhiger und unsicher. Es ist eben das Elend, daß die Menschen nicht offen von dem sprechen können, was sie im Grunde bewegt. Sie schämen sich noch in einer ganz unsinnigen Weise so sehr vor einander. Hans suchte in der Stadt noch nebenher Arbeit, die etwas einbrachte und ihm doch den größten Teil des Tages für die Siedlung freiließ. Er war unerschöpflich darin, Möglichkeiten aufzutun, aber immer ohne Erfolg. Es zog sich alles so lange hin. Er verlor in der Stadt die beste Zeit. Und die Lust.

In solcher Stimmung war er kaum zu genießen. In der Stube stand er unschlüssig herum, im Garten fing er bald da bald dort etwas an, und am liebsten hätte er alles in Klumpen gehauen. Da kam ihm sein Nachbar, ein Hüne von einem Kerl, in die Arme. Sein Nachbar Schulze arbeitete nicht nur mit in der Werkstätte, sondern war auch einer von denen, die jetzt das neue Leben in der Siedlung am tatkräftigsten unterstützten. Hatte er früher, ebenso wie Hans ihn, Merkel überhaupt nicht beachtet, so tat er jetzt doppelt freundlich und suche jede Gelegenheit, mit ihm in ein längeres Gespräch zu kommen. Hans war wütend auf ihn, denn er hielt ihn für dumm. Er begriff nicht, daß Dummheit eine sehr irrige Wertbezeichnung ist. Mancher denkt nicht mit dem Kopf, sondern mit den Knien, die Dichter sagen: mit dem Herzen. Der Mann verstand sich nur nicht auszudrücken, und er war vielleicht schwerfällig, wie so viele andere. Und es kommt dann so, daß solch einer die andern für sich denken und mitbestimmen läßt, weil er gar keine Zeit hat, sich selbst ein Urteil zu bilden. Wo die meisten waren, da war auch Schulze. In der ökonomischen Lage, in der sich die Arbeiterschaft befand, und der damit zusammenhängenden Absperrung von allen kulturellen Bildungsmitteln war das gar kein Wunder. Im Gegenteil, es war besser, als wenn er sich um jeden Preis querköpfig gestellt hätte, wie auch manche tun. Darin Wandel zu schaffen und jeden mehr auf sich selbst zu stellen und zum Nachdenken über sich selbst und seine Lage zu bringen, war ja gerade eine der Hauptaufgaben der Arbeiterpartei. Merkel hätte das auch eingesehen, wenn man es ihm gesagt hätte. Darauf kommt keiner, wenn zwei gegenüberstehen und die harten Schädel aufeinander prallen.

Schulze fing sogleich an, von allen möglichen Dingen zu sprechen. Wenn man sich die rauhe Schale und die grobunbeholfene weggedacht hätte, würde man denken können, ein vertrauensseliges Kind, das sich freut, endlich mal frei losplaudern zu können, reden zu hören. Merkel aber gab nur kurze und harsche Antworten. Zuerst wurde der andere darauf gar nicht aufmerksam. Aber mit Fleiß würgte Merkel seine bissigen Worte mit Hohn und allmählich mit Geringschätzung und Verachtung. Das hörte der andere, wurde stutzig und zog sich mehr in sich zurück. Nun wurde Hans erst gereizt und begann von der Leber weg zu schimpfen auf die Siedlung, auf die Bewohner und auf die Arbeiterschaft schlechthin. Er vergaß nur sich selbst dabei zu nennen, obwohl man ihn ja auch dazu leicht hätte bringen können. Da bekam Schulze einen roten Kopf, denn überheben brauchte sich dieser da, weil er jetzt etwas für sie rumlief, noch lange nicht. Solche könnte man nicht brauchen, und es ist gut, daß man gleich sehe, wohin die Fahrt gehe. Für Hans war es jetzt schon zu spät, zurück. Warum kam ihm auch nicht der andere entgegen, ging auf ihn ein. Vielleicht wollte Hans selbst nur hören, daß es nicht so ist, wie er redet. Der andere aber war längst beleidigt und drohend. Merkel fürchtete sich nun, als er sah, was er angerichtet hatte, vor der daraus folgenden Verallgemeinerung und schränkte plötzlich alles auf Schulze ein, der am Zaun ihm gegenüber stand und wie ein wütiges Tier auf ihn los wollte. Ja du, du bist gerade der richtige, schrie er. Du blöder Dickschädel — und da er schon gar nichts mehr zu sagen wußte, kam er auf die unglückliche Idee, noch das Familienleben heranzuziehen. Nun sehe er doch, wie er es treibe; die arme Frau könne nicht Kinder genug gebären, und er wisse gar nicht, ob er sie ernähren könne. Die Frau sehe schon sowieso aus wie ein ausgewundener Strumpf. Der aber rief, er solle sich um den seinen Fledermisch kümmern, und daß seine Kinder die Strümpfe hätten. Daraus ließe sich auch mancherlei schließen. Und sie bearbeiteten sich mit Worten, schlimmer als wenn sie mit Messern aufeinander losgegangen wären. Und es blieb schließlich bei ihren beiden Frauen, denen sie gegenseitig aus der Vergangenheit und Gegenwart alles mögliche andichteten. Bis diese auf den Wortschwall hin selbst auf der Bildfläche erschienen und mit hineingezogen wurden, wenn sie auch nur die Wut dämpfen wollten durch ein: Laß dich doch nicht mit dem Lump ein, den kennt man doch, oder: ich werde ihn schon rausfegen, wenn er noch mal ins Haus kommt. Und die Frauen schrien sich auch an, die sich nie weiter im Wege gewesen waren und beide stille Naturen waren, die Schulzen, die acht Kinder hatte, sah wirklich klein und verhunzelt, zum Absterben aus. Und die Merkeln begann sogar zu heulen, als hätte man ihr etwas Besonderes angetan. Worauf die Schulzes hohnlachend ins Haus verschwanden. Nur Merkel blieb und kaute an einem dürren Ast, den er abgebrochen hatte.

Im Suff.

Dann kam der Teufel über ihn. Wohin sollte er gehen? Ins Haus? Da saß die vergrämte und verheulte Frau. Zu anderen Leuten, vorbeugen, sich verteidigen? Wie sah das aus! Sie kamen ihm ja auch nicht entgegen — er schwankte noch — dann ging er nach der Station zu. Wie einer, der etwas Drückendes beizeiten hinter sich geworfen hat, heiter und guter Dinge. Jenseits der Station, über den Bahndamm weg, wo die Sonntagsausflügler aus der Stadt in den Wald hinein zu gehen pflegten, hatte seit einiger Zeit ein Gastwirt seine Bude aufgeschlagen. Vorläufig waren nur die Bretter roh aneinander gefügt, es sah noch mehr aus wie ein Schuppen, innen drin — draußen war der Sommergarten aufgestellt. — Im Herbst wollte der Wirt bauen und ganz hier draußen bleiben. Er hatte daher schon einige Bekanntschaft mit den Bewohnern in der Umgegend angeknüpft, um sich besser einzuführen. Das Geschäft entwickelte sich aber nicht erwartungsgemäß. Die Leute zogen es vor, zu Haus zu bleiben und das, was sie bei ihm holten, war nicht der Rede wert. Hans war wohl schon im Vorübergehen mal eingekehrt, kannte aber den Wirt nicht, dagegen begrüßte ihn dieser um so herzlicher, denn der hatte ihn sicher öfter gesehen, auch wußte er, daß er in der Werkstätte einer der Hauptmacher war. Er zog ihn gleich an den Schanktisch. Sie wurden bald wie die vertrautesten Freunde.

Merkel hatte sich seit langem nicht so befreit gefühlt. Er konnte einmal sein ganzes Herz ausschütten. Es hörte ihm jemand eifrig zu und bekräftigte alles. Sie tranken Kognak, dänischen Korn und immer dazwischen einen Bittern. Hans packte gründlich aus. Aber er hätte besser getan, das vor seinen Kollegen zu tun. Denn es war keine Spur von Hochmut mehr drin, in dem was er sagte. Er versuchte eher alles zu erklären, warum er mit denen auseinandergekommen war. Und er setzte dem Wirt eingehend auseinander, was es mit dem Ausbau der Kolonie beabsichtigt hätte und wie ein Rad ins andere greifen müsse. Der war ganz begeistert, denn es konnte nicht ausbleiben, daß wenn jeder erst hier mal seine Arbeit hatte, auch das Geschäft besser ging. Er überschlug schon im Gedanken, ob es sich nicht verlohnen würde, ein Doppelhaus zu bauen, in denen einige Läden Platz finden könnten. Zweifellos hatte der Ort eine Zukunft. Zwischendurch verzog sich gelegentlich Merkels Gesicht für einen Augenblick, Schatten huschten drüber hin, und der Mund kniff sich zusammen. Aber um so eifriger freundete sich der Wirt an und erwies sich als ein verständiger sozial denkender Mann, der auch seine Leute leben ließ. Verschiedene Lagen hatte der Wirt schon ausgegeben. Sie waren in der Bude allein. Die Dämmerung kroch aus den Winkeln.

Sicher hat sie mit den andern Weibern gejammert und geklatscht, aber sonst hatte sie in der Wirtschaft gearbeitet, daß er noch heute Lärm und Hast davon in den Ohren hatte, die Kinder aufgezogen und alles getan, was der Vater angeordnet hatte. Die brauchten nicht daran zu denken, wie sie miteinander auskommen, grübelte Hans. Dann schämte er sich wieder, denn das war ja eben das Elend in einer solchen Familie. Daraus konnte ja ein vernünftiger Mensch sich nicht entwickeln. Das war so klar, da braucht man erst keine Bücher darüber zu lesen. Seine Geschwister kannte er gar nicht mehr, wußte nicht, wo sie hingekommen waren. Und er goß einen neuen Schnaps drauf. Die See rauschte, die Welt tat sich auf. Die Städte und Menschen, in die man sich hineinstürzen, verschwinden konnte, taten ihm nichts. Sie ließen ihn frei und die Sehnsucht kam, wieder zur See zu gehen. Schmeiß alles hinter dich, hier ist nicht dein Platz, raunte es. Die Leute wollen dich nicht, und du hast mit den Leuten nichts zu schaffen, du bist weder Packesel, noch hast du Lust, hier den Schulmeister zu spielen und dir die Galle an den Hals zu ärgern. Und er sprach sich tapfer Mut zu und vergaß das Trinken nicht. Das besorgte zwar schon der Wirt, doch hatte der nicht die Lust, das gleiche Tempo, in dem sie angefangen hatten, fortzusetzen. Er goß mehr wie einen, den Hans für ihn ausgegeben hatte, in das Wasserbecken, in dem die Gläser gespült wurden, und Hans, der eifersüchtig darauf wachte, daß der Wirt sich auch mit einschenkte, mußte mehr als einmal mahnen. Der Wirt hatte schon einen roten Kopf und wußte nicht mehr viel auf die Freundschafts- und Kameradschaftsbeteuerungen zu sagen. Und zur Politik schwieg er grundsätzlich, auch wenn er noch so sehr angezapft wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Kapitalistisches Chaos und Klassenkampf in Polen.

Die Finanzen der polnischen Republik sind vollständig zusammengebrochen. Wie kaum in einem anderen Lande arbeitet dort die Notenpresse, ohne daß sie imstande wäre, die ungeheuren Ansprüche zu decken. Die Folge dieser gewaltigen Inflation ist der Zusammenbruch der polnischen Valuta: die polnische Mark ist vor einiger Zeit in der Schweiz mit 0,3 Cent bezahlt worden. Der plötzliche gewaltige Sturz der polnischen Mark bewirkte, daß die Preise in Polen selbst fast ebenso plötzlich stiegen. Die Brotpreise z. B., die als Maßstab dienen mögen auch für die Preise anderer Waren, sind um mehr als 100 Prozent innerhalb einiger Wochen gestiegen. Da die Unternehmer sich natürlich nicht beeilten, die Löhne im selben Maße zu erhöhen, wie die Preise aller Waren stiegen, bedeutete die neue Preisbildung eine verschärfte Ausbeute des polnischen Proletariats, dessen Lebensstand an und für sich weit unter dem Lebensminimum angekommen war.

Das polnische Proletariat hat diesmal der neue Angriff auf seine Lebenshaltung nicht mehr so unvorbereitet getroffen, wie in den letzten Jahren. Der nationalistische Rausch, der auch über das polnische Proletariat hinweggeflossen ist, und der es der chauvinistischen polnischen Sozialdemokratie erlaubte, die Kräfte des polnischen Proletariats für die kapitalistisch-imperialistischen Interessen der polnischen Bourgeoisie zu mißbrauchen, geht seinem Ende entgegen und der Klassenkampf beginnt. Unermüdlich haben die vor einem Jahr noch wenig zahlreichen polnischen Kommunisten trotz aller grausamen Verfolgungen, an denen sich auch die verräterischen Sozialdemokraten hervorragend beteiligten, gearbeitet, und es ist ihnen gelungen, dank der wirtschaftlichen Lage des Landes, gewaltige Breschen in die Front der sozialpatriotischen Verräterpartei zu schlagen. Die polnische Bourgeoisie wird infolge der Fortschritte der kommunistischen Bewegung von Furcht geschüttelt. Es sei hier eine Stimme aus dem „Kurier Warszawski" angeführt:

„Es läßt sich nicht verbergen: Die Lage ist ernst. Zwischen der katastrophalen Lage im vorigen Jahr und der gegenwärtigen ist der Unterschied der, daß wir damals von außen bedrängt waren, während wir heute von innen bedrängt werden.

Unsere inneren Feinde arbeiten großzügig, planmäßig und systematisch nicht nur in der Hauptstadt, sondern in allen Teilen Polens, sogar dort, wo die kommunistischen Einflüsse bisher keinen Zutritt hatten.

Unter den Eisenbahnern und Postbeamten arbeiten heut schon ganz offen die Kommunisten, die die Unzufriedenheit unter ihnen für ihre Zwecke auszunützen suchen.

Gleichzeitig haben die Kommunisten im geheimen und offen gehetzt:

So sieht Eure Regierung aus, bei der Ihr darben und hungern müßt. Von dieser Regierung könnt Ihr nichts Gutes erwarten. Lediglich die kommunistische Verfassung wird Euch die Macht geben, den Kapitalismus vernichten und Euch den Wohlstand sichern.

Und dann sagten sie weiter: Je eher Ihr begriffen haben werdet, was der Kommunismus ist, um so eher wird Eure Befreiung erfolgen.

Diese Worte hörte der hungrige und oft auch wenig aufgeklärte Beamte aus Galizien, Pommerellen oder Kongreßpolen. Und wer weiß, ob sie in seiner Seele nicht Spuren hinterlassen haben?

Die Kommunisten haben schon vor Monaten versichert, daß sie demnächst einen Generalstreik hervorrufen werden, der sie zum Siege führen wird. Sie haben ausdrücklich gesagt, daß den Streik die Eisenbahner und Postbeamten beginnen werden, daß aber die Parole zum Streik die städtischen Beamten geben werden.

Auch sie sind unzufrieden. Sie warten nur auf eine günstige Gelegenheit, um den Streik zu beginnen. Obgleich ihre Lage eine viel bessere ist als die der Eisenbahn- und Postbeamten, so hatten sie doch bei allen Streiks die Führung und stehen stark unter dem Einfluß der Kommunisten.

Auch diesmal haben sie die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht getäuscht: es beginnt unter ihnen zu gären, und sie haben so hohe Forderungen gestellt, daß weder die Regierung noch die Stadtverwaltung sie als Grundlage zu Verhandlungen betrachten kann.

Der Kommunismus erhebt sein Haupt . . . die Arbeit ist gelungen!

Von den Organen der Defensive hören wir, daß rote Agitatoren mit Leichtigkeit sich über die Grenze schmuggeln, da sie schlecht bewacht wird.

Vor einem Jahre marschierten sie gegen uns mit Kanonen und Maschinengewehren. Vor einem Jahr erhob sich das ganze Volk, um die roten Horden zurückzutreiben. Diesmal hindert sie niemand. Sie arbeiten frech und offen und als Signal zum tätigen Vorgehen soll der Streik der städtischen Beamten ausbrechen, wonach die Eisenbahner, Post-, Telegraphen- und andere Beamte zur Unterstützung „der gerechten Forderungen" in den Streik treten sollen."

Eine andere bürgerliche Zeitung, die „Dziennik Poznański", schreibt:

„In gewissen Jahreszeiten finden bei uns ständig sogenannte „Kraftproben" oder Versuche der Herbeiführung von Hungersnot oder Erschütterung der Grundfesten des Staates statt, die zu einem in seinen Folgen unberechenbaren Umsturz führen sollen. Es sind Kräfte am Werke, die unterschätzt werden dürfen, weil sie ihre Mittel aus mächtigen auswärtigen Quellen schöpfen und mit diesen Mitteln äußerst geschickt operieren. Sie bedienen sich bei ihrer Arbeit vortrefflich geschulter Agenten und Provokateure, die mit außergewöhnlicher Geschicklichkeit die Trümpfe auszuspielen verstehen, die ihnen der soziale Analphabetismus, die menschliche Niedertracht und Dummheit liefern.

Aus diesen Zeilen spricht nicht nur die Angst der polnischen Bourgeoisie, es läßt sich daraus auch das Bestreben erkennen, der drohenden Gefahr durch eine Ablenkung nach außen Herr zu werden. Doch davon muß in einem anderen Zusammenhange noch gesprochen werden.

Die ungeheure Teuerung, die auf den Verfall der polnischen Valuta folgte, hat eine gewaltige Streikwelle hervorgerufen, die sich über ganz Polen erstreckt. Seit zwei Wochen liegt die gesamte Lodzer Textilindustrie still, und die Textilarbeiter anderer Industriezentren sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Auch die Metallarbeiter fanden einen Streik an, und in der chemischen Industrie wird zu einem Generalstreik aufgefordert. Im Kohlengebiet von Dombrowa kam es zu Unruhen und zu Ausschreitungen der Arbeiter gegen Beamte. Teuerungsunruhen fanden in allen Teilen des Landes statt, z. B. in Berlin, in Posen, in Graudenz, in Thorn, in verschiedenen Städten von Pomerellen usw. Außer dem großen Textilarbeiterstreik fanden eine Reihe kleinerer Streiks statt, z. B. streikten die Straßenbahner in Lodz, die Hafenarbeiter in Warschau, die Landarbeiter in der Provinz Posen usw.

Übereinstimmend berichten die polnischen Blätter, daß alle diese Streiks von bolschewistischen Wühlern angestiftet worden seien. Daraus ist zu entnehmen, daß sich die Bewegung des polnischen Proletariats stark radikalisiert hat. Diese Meldungen haben aber auch noch einen anderen Zweck: sie sollen bei den kleinbürgerlichen Massen die Stimmung für einen Kampf gegen Sowjetrußland wecken.

Der polnische Kapitalismus hat sich in seiner Todesnot mit Haut und Haaren dem französischen Imperialismus verschrieben. Gerade jetzt wird der Geheimvertrag in seinen Einzelheiten bekannt, der zwischen Polen und Frankreich abgeschlossen worden ist:

Es war schon vorher in der Öffentlichkeit erwähnt worden, daß ein Geheimvertrag zwischen Frankreich und seinen polnischen Strohmännern bestehe. Der Berliner Korrespondent der italienischen Zeitung „Secolo" ist nun in der Lage, folgende nähere Mitteilungen über diesen Vertrag zu machen. Polen verpflichtet sich danach, eine Armee von 600000 Mann zu unterhalten, für deren Unterhalt Frankreich einen Goldfranc auf den Tag und Mann zahlt. Wenn die oberschlesische Frage im polnisch-französischen Sinn gelöst wird, soll Frankreich die Ausbeutung aller Bergwerke in den Kreisen Pleß und Rybnik erhalten. Ferner sollen die Franzosen 40 Prozent der Aktien der deutschen Industrieunternehmungen Oberschlesiens in die Hand bekommen.

Ergänzend kann hinzugefügt werden, daß zu diesem militärisch-politischen Abkommen auch ein Wirtschaftsabkommen gehört, daß das demütigende Verhältnis aufzeigt, in dem das kapitalistische Polen zu dem imperialistischen Frankreich steht. Die französischen Kapitalisten haben nach diesem Abkommen das Recht, Narbitha, das aus den Anlagen französischer Gesellschaften gewonnen wird, auszuführen, ohne daß sie dafür fremde Valuta als Gegenwerte einführen müssen. Das bedeutet mit anderen Worten eine Aussaugung des Landes auf Kosten der Lebenshaltung der polnischen Proletarier.

Das militärische Scheinabkommen zwischen Polen und Frankreich macht Polen zu einem gefährlichen Instrument der französischen imperialistischen Politik. Dieses Abkommen ist um so gefährlicher, weil das auf Kosten Frankreichs unterhaltene Riesenheer nicht nur auf den Befehl von Paris marschieren wird, sondern auch dann marschieren kann, wenn die polnischen Kapitalisten keine Rettung mehr sehen vor der drohenden sozialen Revolution.

Das kapitalistische Polen befindet sich hier in einer ähnlichen Lage wie das kapitalistische Rumänien, dessen Proletariat, dessen Kleinbauern ebenfalls ungeheuer verelendet sind. Hier wie dort werden die Kommunisten auf die brutalste Weise verfolgt, und hier wie dort beteiligen sich an diesen Verfolgungen die Sozialpatrioten. Aber diese Kommunistenverfolgungen können die revolutionäre Bewegung der Proletarier dieser Länder nicht aufhalten. Sowohl in Polen als auch in Rumänien verschärfen sich die Kämpfe der Arbeiterschaft, und diese Verschärfung der Klassengegensätze bedeutet gleichzeitig eine Verstärkung des Militarismus in diesen Ländern. Die Kapitalisten Polens und Rumäniens werden gerade durch die revolutionäre Bewegung ihrer Arbeiter und Bauern als Folge des wirtschaftlichen Chaos dieser Länder dazu getrieben, sich durch imperialistische Unternehmungen für einige Zeit Luft zu schaffen. Wenn man bedenkt, daß das imperialistische Frankreich, das vor den großen Weltinteressen, die auf den Meeren ausgetragen werden, ausgeschlossen ist, nach imperialistischer Machtentfaltung auf dem europäischen Kontinent drängt, dann kann man die Gefahr ermessen, die die Tatsache der polnischen und rumänischen Riesenheere der gewaltigen militärischen Vorbereitungen, in die auch die russischen Konterrevolutionäre hineingezogen werden, für Sowjetrußland bedeuten. Ungeheuer spitzt sich die Lage zu einer neuen Kriegsgefahr für Sowjetrußland zu. Und die Proletarier Europas müssen handeln, wenn sie einen neuen Krieg verhindern wollen.

Die Wahlen im Metallarbeiterverband.

Aus dem Reich liegen bis jetzt folgende Meldungen vor:

In **Stuttgart kommunistische Liste mit 12 Prozent Mehrheit gewählt.** Abgestimmt haben 43 Prozent.

Berlin: Abgegebene Stimmen 54 128. Davon erhielt Liste A 30 842, Liste B 22 827. Ungültig waren 459 Stimmen.

Chemnitz: Amsterdamer 10 886, Kommunisten 5422.

Werdau i. Sa.	Amsterdamer	421,	Kommunisten	581
Guben	"	58	"	36
Oberhausen	"	961	"	368
Bochum	"	1319	"	934
Essen	"	2803	"	3119
Danzig	"	777	"	933
Lüdenscheid	"	1589	"	522
Leipzig	"	6713	"	4162
Mühlheim a. Ruhr	"	961	"	368
Zwickau	"	1000	"	600
Kiel	"	3638	"	1593
Saalfeld	"	433	"	375
Solingen	"	626	"	2330

Hohenstein-Ernstthal i. S. Kommunisten m. ⅔ Mehrheit gewählt.

Eberswalde: **Kommunisten mit größter Wahrscheinlichkeit gewählt.**

In Stettin **haben die Amsterdamer die Mehrheit.** Sie erhielten 1484, **die Kommunisten 726.**

Im ganzen Bezirk Essen (Rheinland) wurden 57 Amsterdamer und 12 Kommunisten gewählt.

Im Bezirk Hagen (Westf.) 49 Amsterdamer und 7 Kommunisten.

Obwohl nach den vorliegenden Meldungen der größte Teil der Wahlergebnisse im Reich noch aussteht, ist ohne weiteres klar, daß die Kommunisten auf dem Verbandstag in Jena eine verhältnismäßig kleine Oppositionsgruppe darstellen werden. Doch das Eine steht jetzt schon fest, daß die Zahl der auf die **kommunistische Liste entfallenden Stimmen prozentual viel größer ist,** als die Zahl der kommunistisch gesinnten Delegierten.

Der jetzige Verbandsvorstand hat im Verein mit dem Beirat dem statutarisch festgelegten Wahlreglement eine Auslegung gegeben, nach der nur zwei Listen bei der Wahl zulässig waren. Damit hat er absichtlich die beiden Amsterdamer Richtungen, die SPD. und USP., gezwungen, gemeinsame Listen aufzustellen. Für das gerechteste Wahlsystem, für den Proporz, fand sich auf dem letzten Verbandstag in Stuttgart nicht die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit. So entschied auch bei der diesjährigen Wahl überall die einfachste Mehrheit. Wohl sind in den meisten Orten die Kommunisten im Metallarbeiterverband die stärkste Gruppe, aber nur an wenigen Orten sind sie stärker als die beiden Amsterdamer Richtungen zusammen. So kommt es, daß die vielen starken kommunistischen Minoritäten in Jena gänzlich unvertreten bleiben. **In Berlin z. B. senden die 30 000** der Liste A 77 Vertreter nach Jena, **während die 23 000** der Liste B **keinen Vertreter entsenden.**

Daß die Kommunisten im Metallarbeiterverband bei der diesjährigen Wahl eine Mehrheit bekommen, hat kein Mensch und wir zuletzt angenommen. Wenn daher der „Vorwärts" und Blätter seines Schlages nach Beendigung der Wahl ein so großes Geschrei über die Niederlage der Kommunisten anstimmen, so ist das mehr als dumm zu bezeichnen. Doch hinter der geheuchelten Freude über die kommunistische Niederlage verbirgt sich etwas ganz anderes. Nämlich die berechtigte Freude, daß die Rechtssozialisten im Deutschen Metallarbeiterverband, die Reichel, Schlicke und Genossen mit Hilfe der Unabhängigen wieder fest in den Sattel gekommen sind.

Der „Freiheit" scheint auch schon zu dämmern, wessen Geschäfte sie und die Dißmänner mit ihrer wüsten Hetze und Stellungnahme gegen die revolutionären Metallarbeiter besorgt haben. Sie klagt in dem Leitartikel im gestrigen Abendblatt wehmütig über den Bruderkampf. Wir können es verstehen, daß bei ihr über den Ausgang der Wahl keine allzu große Siegesstimmung aufkommen kann.

Wir Kommunisten dagegen haben ganz und gar keinen Anlaß, das Wahlergebnis als eine Niederlage zu betrachten. Gewiß wäre es nicht nur für uns, sondern für die Gesamtarbeiterschaft ein ungeheurer Vorteil, wenn die Zahl der kommunistisch gesinnten Delegierten eine weit höhere wäre. Doch wir wissen, daß der Einfluß der Verbandsbürokratie mit Hilfe der in Millionen verbreiteten Gewerkschaftsblätter der hunderttausenden von sozialdemokratischen Zeitungen und des gesamten Verwaltungsapparates nicht auf einen Schlag beseitigt werden kann. Die Schädlichkeit der Amsterdamer Gewerkschaftstaktik wird sich für die Arbeiter in den kommenden Kämpfen in weit höherem Maße als bisher zeigen. Dann werden die Metallarbeiter und nicht zuletzt die der USP.-Angehörenden, einsehen müssen, daß sie bei der jetzigen Wahl in ihrer Mehrheit gegen ihre eigenen Interessen gestimmt haben.

Nichts bestätigt mehr die Richtigkeit unserer Auffassung als das Wohlbehagen, mit dem die bürgerliche Presse den „Sieg" der Amsterdamer konstatiert. Daraus können speziell die U.S.P.-Arbeiter entnehmen, daß sie mit der Wahl der Rechtssozialisten den kapitalistischen Kreisen den größten Gefallen erwiesen haben. Für unsere Genossen aber bedeutet diese Wahl nur eine Etappe auf dem Weg zur Revolutionierung der Gewerkschaften. Sie haben, soweit sie nicht die Mehrheit erhielten, fast überall große Minoritäten aufgebracht, die beweisen, daß der kommunistische Gedanke auf dem Marsche ist.

So wie unsere Delegierten auf dem Verbandstag für den rücksichtslosen Klassenkampf, für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und für die restlose Einsetzung der Millionenmacht der Gewerkschaften eintreten werden, genau so werden die Kommunisten auch weiterhin in den Betrieben und im Verband bestrebt sein, auch den letzten Arbeiter davon zu überzeugen, daß es keine Gemeinschaft geben kann zwischen Kapital und Arbeit. Deshalb muß unsere Parole nach wie vor lauten:

Für den Kommunismus, für den Sieg der Revolution.

Wirtschaftliches.

Die genügsamen deutschen Arbeiter.

In immer schärferem Maße machen sich die Folgen bemerkbar, die die niedrigen deutschen Arbeiterlöhne und die dadurch gesteigerte Ausfuhr rückwirkend auf das deutsche Proletariat ausüben. Zunächst versuchten sich verschiedene Industrieflotten gegen die deutsche Konkurrenz durch Einfuhrzölle zu sichern. Aber damit wurde dieser kein Ende bereitet. Die „Vossische Zeitung" vom 23. 7. berichtet über die Folgen der deutschen Konkurrenz in der Tschechoslowakei:

„Die stärkere Abschlagsrate, welche die tschechoslowakische Industrie gegenwärtig durchmacht, wird hier vielfach mit „deutschem Dumping" begründet, und dieses Schlagwort beginnt so allgemein zu werden, daß es nicht nur Wirtschafts-, sondern auch außenpolitische Wirkungen auszulösen droht. Tatsächlich wird die tschechoslowakische Industrie (die zum großen Teil in den Händen deutsch-böhmischer Industrieller ist) immer mehr durch die reichsdeutsche aus ihren Absatzgebieten verdrängt und selbst auf dem der Tschechoslowakei räumlich näheren und daher bahntariflich billigeren Balkanmarkte ist deutsches Eisen, deutsches Leder, deutsches Glas um gut 30 Prozent billiger als tschechoslowakisches."

Welches sind dafür die Ursachen? Die Valuta ist diesmal nicht schuld; denn die tschecho-slowakische steht noch niedriger als die deutsche. Ein führender tschechischer Eisenindustrieller gibt zur Aufklärung folgende Darstellung, deren Richtigkeit von der „Vossischen Zeitung" ausdrücklich bestätigt wird:

„Deutschland produziert billiger als die Tschechoslowakei und wird immer einen Vorsprung vor ihr haben. Zunächst deshalb, weil seine Kohle im Verhältnis zu ihrem kalorischen Werte billiger ist, als die unsere. Wozu noch kommt, daß Deutschland eine 20prozentige, wir aber eine 42prozentige Kohlensteuer haben. Aehnlich steht es mit Koks . . . Trotz niedrigerer Preise verlangt die deutsche Regierung nur 110 Mark Exportgebühr für die Tonne Koks, während bei uns 120 Kr. gefordert werden. Ein zweiter wesentlicher Punkt für die billigere Produktion in Deutschland ist die unbestreitbare Tatsache, daß der deutsche Arbeiter genügsamer (!!!) ist als der tschechoslowakische. Wohl ist auch die Arbeiterschaft Deutschlands radikalisiert, aber dennoch ist der deutsche Arbeiter effektiv fleißiger, als der unsere. Man kann ruhig sagen, daß seine Leistungsfähigkeit um 40 Prozent höher ist."

Weiter wird als Ursache angeführt, daß die deutsche Industrie über günstigere Verkehrsbedingungen verfügt, einmal weil die Wasserstraßen vorbildlich ausgebaut sind, zum anderen weil es nicht auf fremde Reedereien angewiesen ist, sondern über seine eigenen verfügt.

Hier sieht man wieder einmal die Kurzsichtigkeit derjenigen „Radikalen", die den Kampf um die Lohnerhöhung abtun mit der Phrase: Wir wollen die Revolution nicht zum Lohnkampf degradieren und die den Kampf um die Gewerkschaften für eine Nebensache oder gar für konterrevolutionär erklären. Dem Unternehmertum kann gar nicht besser gedient werden als dadurch, daß sich die Arbeiterschaft die Lohndrückerei kampflos gefallen läßt. Es wird dadurch leicht instand gesetzt, seine Ausfuhr zu erhöhen und die Konkurrenten auf den Auslandsmärkten aus dem Felde zu schlagen. Damit fällt auch das Gerede von der „Unterkonsumtion" als Ursache für die Krise. Im Gegenteil wird die Unterkonsumtion des deutschen Arbeiters das Mittel für die deutsche Bourgeoisie, ihren Absatz zu erhöhen und dabei fette Profite einzustreichen.

Die Folge davon, daß sich die deutsche Arbeiterschaft untätig ein solches Lebensniveau gefallen läßt, ist nun die, daß den tschechischen Industriellen gegenüber ihrer Arbeiterschaft das Argument in die Hand gegeben wird, daß das deutsche Kapital allein schuld sei an der Krise und der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei. Damit droht der Arbeiterschaft die Gefahr, daß ihre internationale Front zerrissen wird, daß die tschechoslowakische Arbeiterschaft ihren Feind nicht in der tschechoslowakischen Bourgeoisie, sondern in der deutschen „Nation" sieht und umgekehrt. — Daraus ergibt sich für die deutsche Arbeiterschaft, daß sie mit aller Kraft ihren Klassengegnern entgegentreten muß, daß sie mit aller Kraft eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung erstreben muß.

Die Profitgier der Großagrarier!

Der Reichslandbund hat an die Reichsregierung und die preußische Regierung folgendes Drahtersuchen gerichtet:

Infolge anhaltender Trockenheit droht für Sommergetreide in vielen Gegenden Mißernte. Dahr Erfüllung der Getreideumlage ohne schwere Wirtschaftsschädigung vieler Orte nicht möglich. (!) Bitten daher, durch besondere Kommissionen im Wege der Gebietsbesichtigung Umlage schleunigst nachprüfen zu lassen und entsprechend den veränderten Verhältnissen herabzusetzen.